



# Veranstaltungs Angebot

Oktober - Dezember '98

3

**Nationalismus**

Vom Zusammenwirken  
praktischer Politik  
mit der Einstellung  
nützlicher Idioten

4

Warum Demokraten  
an der Kritik des

**Faschismus**

scheitern!

5

Neues vom bürgerlichen

**Staat**

„Weiter-So“ geht nicht mehr?!!

9

Das Prinzip Arbeiterbeglückung  
Zur Kritik des

**Marxismus-  
Leninismus**

10

**Demokratie**

Die Herrschaftsform  
des Kapitalismus  
unter reger Volksbeteiligung

11

**Moral**

Das gute Gewissen  
der Klassengesellschaft

# Die Welt ist schlecht ...

Die neusten Hiobsbotschaften gibt's immer in den Nachrichten: die Zahl der Arbeitslosen, der Abbau des Sozialstaats, die Verschärfung der Polizeigesetze und natürlich auch, wie ungerecht die Welt ohnehin schon ist – die Konjunkturen von Politik und Ökonomie sind ständig in aller Munde.

Kein mündiger Bürger, der etwas auf sich hält, mag angesichts dessen mit Kritik geizen: Die Macht ist in den Händen der falschen Leute! Wenn ich der Staat wäre ... usw. usf. Dafür, daß man das nicht ist, darf man aber zur Wahl schreiten und dort das kleinere Übel ankreuzen – sogar „Protestwählen“ geht. Wem das nicht ausreichend erscheint, engagiert sich in Friedens-, Umwelt- oder Flüchtlingsgruppen, in Gewerkschaften, Kirchen oder sonstwo und trägt so seinen bescheidenen Teil dazu bei, daß die Welt ein wenig schöner wird – das ganze freilich mit der festen Überzeugung, das sei ja nur ein Tropfen auf den heißen Stein, der aber partout nicht kälter werden will. Komisch eigentlich.

## ... was tun?

Eine besondere Kenntnis darüber, was das eigentlich ist, das da ihren Unmut erregt, ist bei solchen BürgerInnen allerdings nicht von Nöten. Für das Zurechtkommen in der Welt und für ihre theoretische Parteilichkeit reicht es ihnen zu wissen, daß es Lohn, Preis und Profit gibt, daß mensch mit den jeweiligen Quantitäten dieser Posten unzufrieden sein darf und daß daran aber wenig bis gar nichts zu ändern ist. Recht und Gesetz, Kapital und Lohnarbeit halten sie mindestens für notwendig, wenn nicht gar für fabelhafte Verfahren, eine Gesellschaft zu organisieren.

Das sehen wir „etwas“ anders. Wir meinen, daß es eine Menge guter Gründe für die Abschaffung dieses grandiosen Gemeinwesens gibt, das die gesamte Gesellschaft auf den Zweck der Kapitalverwertung festlegt, das die Bedürfnisse des Großteils seiner Insassen unter die Voraussetzung des profitablen Verkaufs ihrer Arbeitskraft stellt, das den Lohn als Kosten behandelt, die immer zu hoch sind und das mittels sozialstaatlicher Maßnahmen auch noch freundlichst dafür sorgt, daß die Menschen das auch irgendwie aushalten und sich soweit nötig auch morgen noch für Kapital und Staat nützlich machen. Den bürgerlichen Staat also und die kapitalistische Produktionsweise halten wir für durchaus abschaffungswert. Ein wenig populärer Standpunkt – also was tun?

## Agitation.

Wenn man entdeckt, daß alle Welt etwas anderes will als man selbst, gibt es erst einmal „nur“ eines zu tun: zu versuchen, den eigenen Standpunkt, die eigene Kritik an den Verhältnissen unters Volk zu bringen. Dem Unterfangen, die nötigen Argumente gegen die herrschende Ordnung zu liefern, hat sich ein neuer Organisationsversuch in Göttingen gewidmet: die *Gruppe 3*.

Die Themen, mit denen wir uns zu diesem Zweck beschäftigen, enthüllen keine Sachverhalte, die von bürgerlichen Medien verschwiegen würden, und werden auch nicht bearbeitet, um anwaltschaftlich mit einem (geschädigten) Sonderinteresse hausieren zu gehen.

Die Gruppe 3 – also noch eine linke Schwatzbude ohne „Praxis“? Ganz recht. Zumindest soweit sich „Praxis“ auf konstruktive Beiträge zur Ausgestaltung der politischen Herrschaft, der Ökonomie oder auch der zweckmäßigen Betreuung ihrer beklagenswerten Opfer bezieht, werden von uns keine Aktivitäten zu erwarten sein. Statt dessen machen wir mit unserer abweichenden Meinung das, was man überhaupt nur vernünftigerweise damit machen kann: wir schreiben sie auf oder erzählen sie weiter – zum Beispiel auf den in diesem Faltblatt angekündigten Veranstaltungen ...

# Nationalismus

## Vom Zusammenwirken praktischer Politik mit der Einstellung nützlicher Idioten



Tagesseminar  
**10.10.**  
**12.00 Uhr**  
Lange Geismarstr. 72

Am 3. Oktober jähren sich wieder die Staatsfeierlichkeiten der „nationalen Einheit“. Aber es gibt Streit in der Nation; ein Streit, der die Nation in jeder Zeitung bewegt; ein Streit um das Hymnen-Potpourri, das auf diesen Feierlichkeiten zu hören sein werden soll. Der bayrische Landesvater Stoiber will nicht teilnehmen, weil doch tatsächlich ca. 6 Takte der ehemaligen DDR-Hymne „Auferstanden aus Ruinen“ in diesem Potpourri vorkommen sollen: Es könne nicht angehen, daß auf den SED-Unrechtsstaat posthum noch positiv Bezug genommen wird, als historisch bedeutsamen Teil der deutschen Nation. Die DDR-Geschichte sei eben eine der Bespitzelung, Unterdrückung und Mißwirtschaft. Historisch zähle da allein, daß die Deutschen in Ost wie West gegen den Stasi-Staat vierzig Jahre lang gekämpft hätten und daß dieser die Ost-Menschen „vierzig Jahre nur belogen und betrogen“ habe. Er ist untergegangen und ausgelöscht und dient bestenfalls noch als Negativ-Beispiel nationalstaatlicher Politik in jeder Hinsicht und als Altlast, aus der nun immer wieder nationale Probleme erwachsen.

Aber trotz dieses Wahlkampf-Scharmützels besteht doch in einem bei allen Einigkeit, auch wenn sie sich diese Parteinahme immer gegenseitig absprechen: Vom großen Konsens in der nationalen Sache, vom Vers „Deutschland einig Vaterland“, mag sich keine politische Kraft ausschließen – und im Westen, der schon länger frei ist, ist Politik schon immer für die gesamtdeutsche Großnation gemacht worden.

Der politische Standpunkt, der sich so vollständig im Namen der jeweiligen Nation zusammenfaßt, ist in einer Hinsicht eine klare und eindeutige Sache: Er ist, wenn auch noch kein detailliertes Programm, so doch die oberste Richtlinie für die *Ausübung politischer Herrschaft*. Die Nation für das erste und wichtigste Anliegen halten; keine Unterscheidung auf der Welt so ernst nehmen wie die zwischen In- und Ausländern und zwischen dem Gelände innerhalb und dem außerhalb der nationalen Grenzpfosten; bei jeder wirtschaftlichen Tätigkeit nicht einfach auf den Profit, sondern auf dessen Nationalität achten, sowie auf den nationalen Ursprung und Zielort der ge- und verkauften Waren; über alle privat-menschlichen Belange – vom Kindersegens bis zum Rentnerhaushalt, von der Arbeitswelt bis zum Bücherlesen, von der Umweltvergiftung bis zur Jugendkriminalität – national Buch führen und das für die einzig sachgerechte Betrachtungsweise halten; Sport und Kulturleben, Dichtung und Wissenschaft unter den Gesichtspunkt eines immerwährenden Leistungsvergleichs der Nationen stellen: Alles das ist Staatsinteresse,

also auch der einzig angemessene praktische Standpunkt und die passende Weltsicht derer, die die Staatsgewalt ausüben. Denn die Staatsgewalt *ist national*: Sie ist die hoheitliche Macht über ein Stück Erdoberfläche und eine Anzahl Einwohner; sie schreibt allen Betätigungen ihrer Bürger Grenzen des Erlaubten vor; sie hat ihren Daseinszweck darin, sich als diese Gewalt zu stärken; sie verfolgt diesen Daseinszweck in Konkurrenz zu den anderen Staatsgewalten; und sie benutzt dafür ihre Bürger und die Erträge der von denen geleisteten Arbeit als ihre Machtmittel. Das ist sie, die nationale Sache, um die es jeder Staatsmacht geht. Sie erfolgreich durchsetzen zu wollen, das ist *Nationalismus von oben* – ein sehr praktischer, erfolgsorientierter Standpunkt, der zahlreiche Arbeitsplätze schafft, nämlich für Machthaber und Staatsdiener.

Daß die Nation den maßgeblichen Bezugspunkt aller anerkannten gesellschaftlichen Interessen hergeben sollte und den einzig wahren Gesichtspunkt für die richtige theoretische Sortierung des Weltgeschehens, diesen Imperativ gibt es freilich noch in einer ganz anderen Weise, nämlich als Standpunkt der regierten Bürger. Und dieser *Nationalismus von unten* gibt Rätsel auf. Denn was ist daran praktisch, lebensstüchtig und erfolgsorientiert, wenn ein normaler Landesbewohner für nationale Interessen parteilich ist und in ihrem Namen und für sie fordernd auftritt? Was hat er in seinem praktischen Alltag mit nationalen Bilanzen zu tun – außer so, daß er in der einen oder anderen Summe als verschwindend kleiner Posten vorkommt –, und wo hilft ihm die Scheidung der Menschheit in In- und Ausländer bei der Bewältigung seines Lebens? Was hat ein Inländer richtig erkannt, wenn er nationale Gedanken denkt, also vom mutmaßlichen Gewinn oder Schaden „seiner“ Nation her urteilt? Wer würdigt seine Theorien, wer richtet sich danach, wem könnten sie überhaupt nützen und wobei? Tatsächlich weiß ja sogar irgendwo jeder, daß die Leistungen, die der „Alltag“ einem normalen Gesellschaftsmitglied abverlangt, in keiner Hinsicht anders oder geringer werden, wenn er sich zum Standpunkt des nationalen Überblicks aufschwingt. Aus eigenem Antrieb und mitten im Straßenverkehr oder am Fließband nach „Deutschland!“ zu rufen und schwarz-rot-goldene Fahnen zu schwingen, ist weder üblich noch beliebt; jeder weiß, daß das nahe an der Verrücktheit wäre. Und doch ist gleichzeitig jeder Bürger bereit, seine privaten Sorgen mit irgendeiner vom nationalen Gesichtspunkt aus definierten Problemlage zu identifizieren und umgekehrt

nationale Unterscheidungen, z.B. zwischen In- und Ausländern, nationale Interessen, z.B. an einer positiven Handelsbilanz, nationale Fragen, z.B. nach einem Grenzverlauf, und anderes mehr so aufzufassen, als wären das die praktischen Angelegenheiten, die ihn in seinem Privatleben wirklich umtreiben. Ansonsten ganz normale Bürger sind dazu fähig, aus gegebenem Anlaß – meist einem solchen symbolischer Natur – ihre Parteilichkeit für die nationale Sache als Gefühl zu empfinden; das gilt sogar als normal und ist es offenbar auch. Und wenn es ans Nachdenken über Politik geht, dann ist so gut wie nie ein Urteil zu haben, das nicht von dem Ethos beseelt wäre, eine nationale Problemlage erfassen und lösen zu helfen. Was spricht für soviel prinzipielle Parteilichkeit? Welchen guten Grund kann der Nationalismus der regierten Mannschaft für sich vorweisen?

Eins steht jedenfalls fest: Die wirklichen politischen Vorhaben und Unternehmungen der Nation fallen deswegen noch lange nicht in die Entscheidungskompetenz der guten Patrioten. Die wirkliche nationale Sache bleibt die Angelegenheit der professionellen Machthaber, die sie definieren und für ihre Durchsetzung einstehen. Über das wirkliche und wirksame Programm, das mit dem Namen der Nation aufgestellt ist, über die wirkliche Politik, die „Deutschland!“ heißt, ist alles gesagt, wenn klargelegt ist, um was die Führer der Nation sich kümmern und wie sie das tun. Über den Nationalismus des regierten Volkes steht damit umgekehrt fest: Er ist eine durch und durch widersprüchliche Angelegenheit. Denn er ist die prinzipielle Parteilichkeit für nationale Zwecke, die über die Leute beschlossen werden; eine Parteilichkeit, die sich gar nicht aus der Prüfung eines bestimmten Anliegens ergibt, sondern von den Machthabern ihren tatsächlichen Inhalt verpaßt kriegt – mit dem der patriotische Bürger dann sogar wieder unzufrieden sein mag und darf. Es handelt sich um eine Parteilichkeit ohne Hand und Fuß, ohne Sinn und Verstand, die regelmäßig schief liegt, wenn sie sich mit einer bestimmten Erwartung, womöglich einem materiellen Anspruch verbindet. Voll auf ihre Kosten kommt sie allenfalls in der luftigen Welt der Symbole, wo die Parteilichkeit selber zum Genuß gerät – materiell nützlich ist sie ausschließlich für die praktizierenden Nationalisten an der Macht, die ihr einen Freibrief für ihr Regierungsgeschäft entnehmen.

# Warum Demokraten an der Kritik des Faschismus scheitern!



Vortrag

**27.10.**

**19.00 Uhr**

APEX, Burgstr. 46  
Prof. Dr. Freerk Huisken

**1** Der Faschismus war ein Unrechtsregime und Hitler ein Verbrecher. Mit seiner Macht ergreifung war das Ende der Demokratie besiegelt. Alle Bürgerrechte wurden außer Kraft gesetzt und die Gewerkschaften verboten. Zwar haben die Deutschen zu ihrem großen Teil die faschistische Diktatur mitgemacht, jedoch mehrheitlich gegen ihren Willen und in Unkenntnis der sinnlosen Greuel, die er angerichtet hat. Vom Holocaust an den Juden haben die meisten erst nach dem Untergang des Dritten Reiches erfahren. An seinem Weltkriegsprogramm läßt sich noch einmal Hitlers Größenwahn ablesen. Selbst als der Krieg schon verloren war, hat er noch an den Endsieg geglaubt. Die Demokratie dagegen ist die Überwindung des Faschismus und ein Bollwerk gegen ihn. Sie duldet weder Antisemitismus noch Rechtsradikalismus, sie erlaubt dagegen Gewerkschaften und garantiert die Meinungsfreiheit. Nach innen ist sie rechtsstaatlich organisiert und nach außen um die Sicherung von Frieden und Freiheit bemüht.

**2** So lautet die Quintessenz heutiger Faschismuskritik. Sie findet sich in Schulbüchern, ist regelmäßig den Reden von Politikern zum

20. Juli zu entnehmen und wurde von seiten der etablierten deutschen Faschismusforschung auch Goldhagen entgegengehalten. Um eine zutreffende Kritik des Faschismus handelt es sich dabei nicht. Jedes dieser Urteile ist *falsch*. In jedem steckt zugleich eine Verharmlosung des Faschismus.

Der Faschismus war kein Unrechts-, sondern ein Rechtsstaat, nur eben einer, der die faschistische Staatsräson in Gesetze faßte. Hitler war ein Politiker, der es mit der von ihm geführten Partei zum umworbenen Konkurrenten um die Macht brachte. Nach seiner Ernennung zum Kanzler benutzte er die Macht dazu, jeden Konkurrenten auszuschalten und seine Politik, die faschistische, durchzusetzen. Die Bürgerrechte und Gewerkschaften wurden nicht einfach abgeschafft, sondern zu Instrumenten der neuen Herrschaft umgestaltet. Die Deutschen haben dem Faschismus mehrheitlich gute Gründe zum Mitmachen entnommen. Sie stützten entweder Hitlers Antibolschewismus oder seine Absicht, endgültig die „Schmach von Versailles“ zu tilgen; sie hatten schon immer etwas gegen die Juden und fanden es an der Zeit, daß endlich wieder jemand in Deutschland die Ordnung herstellt und aufräumt. Alle guten Deutschen, die von Auschwitz erst nach Kriegsende erfahren haben (wollen), hatten den Antisemitismus erlebt, der mit Judenstern, Nürnberger Rassegesetzen oder der „Reichskristallnacht“ die eliminatorische Kriegserklärung gegen das jüdische Volk ankündigte. Hitlers Krieg schließlich ist nicht das Produkt eines kranken Hirns, sondern eine Variante von Imperialismus. Er hatte seine, eben faschistischen Gründe, sich in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt einzuschalten und ihn gegen die Konkurrenz der anderen Großmächte zu führen.

**3** Doch handelt es sich bei diesen Urteilen nicht nur um theoretische Verfehlungen. Sie dienen vielmehr alle einer Botschaft, die unschwer dem Prinzip der Fehler zu entnehmen ist: Faschismus wird immer nur als das negative Abziehbild von Demokratie vorgestellt. Da wird nicht das Rechtssystem des Nationalsozialismus kritisiert, sondern vom Siegerstandpunkt aus zum „Unrechtssystem“ erklärt. Da wird nicht Hitlers politische Zielsetzung auf den Begriff gebracht, sondern vom Standpunkt ihrer moralischen Verurteilung zu einem Verbrechen erklärt. Da wird nicht darüber aufgeklärt, in

welcher Funktion eine Gewerkschaft auch für faschistische Innenpolitik tauglich war, sondern die Abschaffung der weimarer Gewerkschaften durch Hitler mit ihrer Zulassung durch die Demokratie konfrontiert. Und jedesmal erhält der Nachkriegsdeutsche dieselbe äußerst schlichte Botschaft: Die Demokratie ist deswegen ein lobenswertes politisches System, weil sie nicht der Faschismus ist. Und umgekehrt heißt sie: Der Faschismus ist deswegen verachtenswert, weil er einfach nicht demokratisch ist. Auf diese Weise erfährt man weder etwas Zutreffendes über den Faschismus noch über die Demokratie. Dafür sitzt dann aber jenes bemerkenswerte Lob der Demokratie, das ganz ohne Begründung auskommt.

**4** Es sitzt so fest, daß bis heute kaum zur Kenntnis genommen wird, daß das demokratische mit dem faschistischen System nicht nur die Feindschaftserklärung gegenüber dem Kommunismus teilt, sondern sich beide derselben Wirtschaftsweise, nämlich der kapitalistischen verschrieben haben; daß Demokraten wie Faschisten das Prinzip der Nationalstaatlichkeit verteidigen, sich dafür wehrhaft machen, Feinde dieses Prinzips nicht dulden und deswegen auch für Ausländer im Inland keinen Platz haben. Beiden gehen stabile Regierungen und ein treues Volk über alles und wo sie Untreue und Unordnung entdecken, da fällt beiden sofort ein, daß eine starke, Ordnung schaffende Hand her muß. Demokraten und Faschisten finden sich mit Niederlagen ihres Staatswesens nicht ab und teilen das politische Bedürfnis, ihre Interessen über ihre Staatsgrenzen hinaus global zu verfolgen. All dies spricht weder für die Demokratie noch ausschließlich gegen Faschismus. Und von einem Systemgegensatz zwischen Demokratie und Faschismus kann schon gar nicht die Rede sein. Sie verkörpern zwei Varianten der Konkurrenz um die Macht im bürgerlichen Nationalstaat – was zur Zeit nicht nur in Frankreich und Italien anschaulich vorgeführt wird.

**5** Es darf also nicht verwundern, daß Antifaschisten heute immer nur rechtsradikale Netze entlarven, Straßenzüge von Skins befreien oder in der DVU, der NPD oder den REPS die Gefahr für Deutschland sehen, also eigentlich immer nur die Demokratie retten wollen.

Neues vom bürgerlichen Staat:

# „Weiter-So“ geht nicht mehr?!

Wenn es darum geht, zu erklären, welche Rolle der Staat in einer kapitalistischen Gesellschaft spielt, kommen Leute auf die unterschiedlichsten Antworten. Aber fast alle sind sie sich in einem einig, egal ob sie nun ein positives oder negatives Urteil über seine momentane Befindlichkeit fällen: Der Staat ist notwendig und eigentlich schon ein taugliches Mittel zur irgendwie gearteten Beglückung seines Staatsvolks.

Das meint auch der Spiegel: *„Weiter-So geht nicht mehr: Das Steuersystem bedarf der Generalüberholung, die Ausländerpolitik muß neu konzipiert werden, das deutsche Rentensystem hat keine Zukunft. Die Politiker scheuen sich, dem Wähler die Wahrheit zu sagen.“* Was dran ist an so einer Kritik am Staat, soll nun im Folgenden an eben diesem Spiegel-Artikel gezeigt werden.

Der Staat kollabiert! – zumindest wenn die Politiker nicht von ihren *„wirklichkeitsverweigerndem Abwehrbündnis gegen Zukunft“* Abstand nehmen. So leitet der Spiegel seine Aritkelserie *Projekt Deutschland 2000* ein – ein Projekt zur Rettung des Staats, der Nation und des Standorts BRD.

In vielen Abteilungen des Staatsapparats steckt der Wurm drin, sagt der Spiegel und benennt dann auch selbige. Ja, ein Skandal nach dem anderen wird ausgemacht; so entwickelt sich dann nach und nach ein Bild von dem, was SpiegelschreiberInnen für notwendige Zielsetzungen staatlicher Machtausübungen halten und was sie als „perverse“ Mutationen dieser Machtausübung ausmachen.

Gleich in der ersten Folge (Der Spiegel 30/1998) wird ein wirkliches *„Tabu-Thema“* angesprochen: Der Sozialstaat, bei dem irgendwie *„die Logik des kalten Buffets“* herrscht. *„Angefangen hat es mit einzelnen, die krank wurden oder erwerbsunfähig und damit auf staatlichen Beistand zwingend angewiesen waren [...] Mittlerweile ist jeder an den Tropf der Sozialadministration gelegt, von dem auch nur vermutet werden kann, daß er unter einem amtlich heilbaren Nachteil leidet.“*

Es stimmt schon, daß hier Leute erwerbsunfähig werden und dann kein Auskommen mehr haben. Die sind dann auf den Staat in seiner Funktion als Sozialstaat notwendiger Weise verwiesen, wenn sie nicht vollkommen vor die Hunde gehen wollen. Nur, da sollte auch die Frage aufkommen, warum Menschen, wenn sie erwerbsunfähig werden, des Staats bedürfen, um weiterhin noch ein wenig vor sich hin existieren zu können.

Aber mit der Erwerbsfähigkeit schlechthin ist es hier nicht getan: Mensch muß schon in »Lohn und Brot« stehen, um ein Auskommen zu haben. Er muß das zweifelhafte Glück haben, daß *seine* Arbeitskraft für jemanden rentabel ist, denn, wie der Spiegel kongenial konstatiert, es ist irgendwie im Kapitalismus mit der *„freien Verfügbarkeit der Produktionsmittel“* nicht weit her. Ja, das stimmt. Das Gros der BRD-Bevölkerung hat kein Eigentum an Produktionsmitteln und muß eben deshalb das einzige

Mittel, was es besitzt, vermarkten – seine Arbeitskraft.

Doch das Fehlen der frei verfügbaren Produktionsmittel findet der Spiegel auch weiter nicht interessant, denn er zieht keinen Schluß daraus, außer dem einen, daß dann *„doch wenigstens das eigene Einkommen wieder frei verfügbar sein“* sollte, also nicht mehr durch den Staat in dem Maß wie jetzt beschnitten. Ein merkwürdiger Schluß. Denn schon das Rechtsinstitut *Privateigentum* sorgt doch per Gewalt von staatswegen dafür, daß es nichts wird mit der freien Verfügbarkeit der Produktionsmittel. Da mutet doch der Wunsch komisch an, daß mensch von dem, der einen dran hindert, die Produktionsmittel nicht als Geschäftsgrundlage sondern zur Bedürfnisbefriedigung zu nutzen, dann erwarten kann, daß der Staat wenigstens *„mehr Freiheit wagen“* könnte, *„denn nur der Verzicht auf ein Stück kollektiver Absicherung schafft Spielräume für die individuelle Lebensplanung.“*

Wer so argumentiert, hat dann auch konsequenter Weise zwei alternative Forderungen parat:

Als guter *Staatsbürger* fordert er, *»Arbeit muß billiger werden!«* – wie es im Wahlkampf von überall erschallt und eigentlich nur *deutsche* Arbeit meint – denn dies führt ja bekanntermaßen zu einer besseren *nationalen* Beschäftigungslage, so daß dann auch die erhobenen Steuern nicht mehr so hoch ausfallen müssen, weil dann ja kaum jemand unverwertet in den blühenden Landschaften rumhocken muß, so daß der Staat sich nicht mehr so sehr um ihn zu kümmern braucht. Also haben irgendwie alle mehr davon.

So eine Forderung ist eine Parteinahme für das eben ausgemachte Übel, das Privateigentum, und macht sich zum Advokaten der herrschenden Verhältnisse, denn sie affirmiert das Privateigentum als Voraussetzung und versucht, die daraus resultierenden Widersprüche auch noch positiv zu wenden: Nur wenn die Nationalökonomie in der *internationalen Konkurrenz* besser abschneidet, ist eine bessere Partizipation am *nationalen* Reichtum in Aussicht gestellt. So wird auf ein Gemeinsames der widerstrebenden Interessen geschlossen, das *Gemeinwohl*, das gerade in diesen (gegensätzlichen!) Interessen bestehen soll, weil sie von einander abhängig sind und schon von daher nur gemeinsam existieren können. Die eigene Bereitschaft zur Subsumierung unter die



Auftaktvortrag zum regelmäßigen Seminar (siehe Seite 8)

**28.10.**

**19.00 Uhr**

Pl. d. Gö. Sieben 3, OEC Ü7  
Jonas Köper  
(GegenStandpunkt)



**2.<sup>99</sup>**  
**EXTRA-Preis**

Prinzipien von Markt und Staat wird zur Leistung, die als Schuldtitel gegen jedeN gelten soll.

Das heißt: *Erst die Nation, dann vielleicht das Vergnügen!* – und: *Arbeitslosigkeit exportieren!*

Als *praktischer Bürger* fordert er, »Der Staat muß schlanker werden!« und meint damit, daß der Staat es reichlich übertreibt mit der Sorge um sein Staatsvolk – und das alles von seinen Steuergeldern. Die Bedürftigen werden schon lange nicht mehr nur gefördert. Ihnen wird die Eigeninitiative madig gemacht, sie werden durch die ständigen und mannigfachen Zuwendungen zur Unselbständigkeit erzogen – auch das wieder auf Kosten der werktätigen und damit Steuern zahlenden Bevölkerung.

Für den praktischen Bürger zählt nur sein *Sonderinteresse*, sein »pursuit of happiness«, und er wird deshalb gerne vom Staatsbürger als Egoist vorgeführt. Er hat sich in den Verhältnissen passabel eingerichtet und will nun nicht einsehen, warum er auf seinem Rücken den für ihn überflüssigen Teil des Staatsapparat mit herumschleppen soll, der in seinem Kosten-Nutzen-Kalkül als negativer Posten erscheint, ohne den es sich viel besser leben ließe.

Aber was beiden Positionen gemeinsam ist, ist der affirmative Bezug auf die Verhältnisse und die grundsätzliche Parteilichkeit für eine starke Nation als Grundlage jeden Handelns.

Die SpiegelschreiberInnen nehmen nun an, daß, wenn Leute an den Sozialstaat geraten, dieser sich die »Selbstverpflichtung« auferlegt hat, sie »mittels Umverteilung am Wohlstand gleichmäßig teilhaben zu lassen« und dementsprechend handelt. Ob der Staat sich solch eine »Selbstverpflichtung« auferlegt hat, ist wohl mehr als fraglich, denn warum sollte der Staat erst eine Wirtschaftsweise einrichten, die offensichtlich nicht dazu geeignet ist, jeden am Reichtum der Gesellschaft partizipieren zu lassen und dann einen Sozialstaat installieren, der genau dies von ihm eingerichtete Verhältnis nivelliert.

Marktwirtschaft ist eben die profitable Anwendung des Eigentums in Konkurrenz zu allen anderen, und damit notwendig einherge-

hend ist die Schädigung der Konkurrenten gültiges Prinzip. Was der Staat seinen Untertanen gewährt und worauf er sie verpflichtet, ist die Freiheit, sich entsprechend der ökonomischen Mittel, die sie haben (oder eben auch nicht), ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zu sichern – und das unter Respektierung anderer, die dasselbe auf ihre Kosten, gegen sie tun. Der Staat regelt somit gewaltsam die Konkurrenz, damit sie überhaupt stattfinden kann. So produziert er einen Wirtschaftsweise in der die Abhängigkeit der Individuen in der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums so organisiert ist, daß sich die Untertanen beim Verfolgen ihrer Interessen wechselseitig die Teilhabe an eben diesem Reichtum bestreiten. Jeder muß eben mit *seinen* Mitteln in Abhängigkeit von den anderen, die die ihren einsetzen, zurechtkommen. Das Privateigentum, also die abschließende Verfügung über den Reichtum der Gesellschaft, von dem andere in ihrer Existenz abhängig sind, weil sie davon Gebrauch machen müssen, ist deshalb die Grundlage des individuellen Nutzens und damit einhergehend auch Schadens. Beim Privateigentum spielen hier nicht die »einfachen« Gebrauchsgüter wie Bier und Fernseher eine Rolle, obwohl es schon auf den Bereich des individuellen Konsums seine Wirkung hat, sondern die Abhängigkeit von fremden Eigentum spielt sich auf dem Feld der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Reichtums ab. Denn mit der ausschließlichen Verfügung über die Produktionsmittel und damit auch über die Produkte erhält der Reichtum die Gewalt, anderen die Existenz zu bestreiten. So müssen dann die Lohnabhängigen sich selbst als Mittel fremden Eigentums erhalten und dessen Wachstum liegt dem Staat am Herzen.

So, wie die Leistungen für die Infrastruktur wichtige Bedingungen der Kapitalakkumulation sicherstellen und die Umweltschutzgesetzgebung auf bestimmte Verfahrensregeln pocht, ist eben auch der Sozialstaat eine notwendige staatliche Einmischung. Die tägliche Plagerei der Erwerbstätigen für den Betrieb, die der Kapitalist so kostengünstig wie möglich gestalten möchte, führt zu kontinuierlich beigebrach-

ten gesundheitlichen Schädigungen. Deren Behebung fällt aber nicht in den Zuständigkeitsbereich des Anwenders der Ware Arbeitskraft. Daß alle Lohnabhängigen Teile ihres Lohns für umfangreiche gesundheitliche Vorsorge und Reparatur abzweigen können und wollen, ist ebenso nicht zu erwarten. Sollten sie zudem einmal nicht das Glück haben, arbeiten gehen zu können (mangels Arbeitsplatz), stellt sich das Problem ihrer Durchfütterung und des Erhalts ihrer grundsätzlichen Verwendbarkeit. Weil sich eine prosperierende Nationalökonomie nicht auf extrem Mitgenommene aufbauen läßt, hat der Staat ein Interesse, die Bevölkerung einigermaßen in Schuß und damit dienstfähig zu halten. Das muß gegen die Profiteure der gesundheitlichen Ruinierung durchgesetzt und ihnen allen gleichermaßen vorgeschrieben werden. Zu diesem Zweck installiert mensch ein Gesundheitswesen, verschiedene (Pflicht-) Versicherungen, Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie Arbeitsschutzbestimmungen, die gerade soweit reichen, daß sie nicht zu geschäftsschädigend wirken. Die Existenz solcher Einrichtungen ist ein Beweis dafür, daß das Lohnarbeiterdasein sich nicht durch Gesundheit und Wohlergehen bezahlt macht, und dafür, daß von staatlicher Seite bestimmte Regelungen des Umgangs mit den Resultaten getroffen werden müssen. Durch die Form der Zwangsversicherung sind die »Arbeitnehmer« gezwungen, für die Versicherungsbeiträge regelmäßig einen Teil ihres Lohn aufzuwenden, um im Fall der Erwerbsunfähigkeit oder wenn sie das Rentenalter erreichen etwas »auf der hohen Kante« zu haben. Die »Arbeitgeber« haben ebenfalls ihren Teil beizutragen. Ihrem Interesse an leistungsfähigen Malochern wird durch die Sozialmaßnahmen ja auch genüge getan.

Entsprechend falsch ist dann auch die Annahme der SpiegelschreiberInnen, daß der Sozialstaat »mittlerweile« den Zweck verfolgt, jedem seinen »amtlich heilbaren Nachteil« zu kurieren, also Gleichmacherei zu betreiben, denn auch hier gilt das schon oben angeführte: Warum erst eine Ökonomie schaffen, die den Schaden vieler Leute garantiert, um dann staatlicherseits wieder diesen Schaden auszugleichen, ja, sogar die Wohlhabenderen, die ihren Reichtum eben aus dieser Schädigung ziehen, zwecks gleichmäßiger Umverteilung mehr zu schädigen als ihr Gewinn aus der Schädigung anderer gewesen ist. Abstrus.

Doch der Sachverstand der AutorInnen des Spiegel-Artikels treibt noch ganz andere Blüten. Sie stellen sich, obwohl sie doch gerade herausbekommen haben wollen, daß der Sozialstaat eigentlich nichts Besseres zu tun hat, als den Reichtum besser zu verteilen, folgende Frage:

»Wieso werden die Bergleute mit 130.000 Mark pro Jahr und Kumpel subventioniert, derweil Gaststättenpersonal oder Putzfrauen ohne solche Alimente auskommen?« – Der Sozialstaat wird seinem Begriff, wie der Spiegel ihn bestimmt, irgendwie nicht so ganz gerecht,

oder? Vielleicht ist der Begriff vom Sozialstaat aber einfach auch nur ein falscher.

Da wäre ja der Beruf Bergmann bzw. Bergfrau der Beruf, denn jedeR BergarbeiterIn würde allein schon 10.833,33 DM im Monat vom Staat kassieren. Aber irgendwie entspricht diese Rechnung keineswegs der Realität. Was da subventioniert wird, ist der Betrieb; das Geld fließt nicht in die Taschen der einzelnen Bergleute. Es käme den Staat wahrscheinlich auch bedeutend billiger, wenn er die Kumpel in die Arbeitslosigkeit schicken würde, anstatt die Arbeitsplätze zu subventionieren. Aber soviel stimmt daran dennoch: Dem Staat ist es ein nicht unbedeutendes Anliegen, daß es eine *nationale* Schwerindustrie gibt. Nur versteht er darunter etwas anderes als die, die davon leben...

Wie sieht's denn nun aus mit der Schwerindustrie? Historisch stellt sich die Sache mit dem Bergbau schon ein wenig anders dar. Kohle braucht mensch neben der Energieproduktion, um Stahl zu produzieren. An Gebrauchsgütern aus Stahl hatte und hat nicht bloß die Geschäftswelt, sondern vor allem das Militär einen uferlosen Bedarf. So sicherte die staatliche Kaufkraft dem Stahlgeschäft einen seiner Märkte und dem Kapital an der Ruhr vor den Weltkriegen seinen Aufschwung.

Hinterher, nach der Niederlage, wollte das erste Mal die französische Republik die einschlägigen deutschen Produktionsmittel demontieren, beim zweiten Mal die britische Besatzungsmacht sie sich aneignen. Doch daraus wurde nichts. Das deutsche Nationalinteresse an einer eigenständigen Produktion der industriellen „Rohstoffe“ Energie – aus heimischer Kohle – und Stahl bekam in beiden Fällen recht – von den Amerikanern. Der Wille der westlichen Siegermächte des 2. Weltkrieges, die strategische Schlüsselindustrie des zerschlagenen deutschen Reichs dauerhaft ihrer Kontrolle zu unterstellen, schuf 1951 eine supranationale Institution, die das politische Regime gleich über das gesamte Kohle- und Stahlgeschäft der beteiligten Nationen übernehmen sollte: die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS oder „Montanunion“). Eine Freihandelszone für diese beiden Artikel wurde geschaffen, in der das Geschäft – vor allem mit dem gefragten Werkstoff Stahl – in ungeahntem Ausmaß expandierte.

Im Sommer 1987 gab es eine »Kohlekrise«, weil ein paar prominente Zechen zur Schließung anstanden. Von dieser »Krise« sprach nach kürzester Zeit keiner mehr, obwohl die Sache keineswegs vorbei war: Für die kommenden Jahre waren weitere Fördereinschränkungen zwischen 15 und 30% vorgesehen.

Eine solche Entscheidung lag und liegt beim Staat – wie es mensch auch gerade wieder im »Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes« vom September 1998 wiederfinden kann – der einerseits noch immer eine funktionsfähige einheimische Kohleförderung erhalten will, andererseits deren betriebswirtschaftlich kalkulier-

ten Preise keinem seiner kapitalistischen Kohlekäufer zumuten will, weil Importkohle und andere Energieträger weltweit viel billiger zu haben sind – dies übrigens schon seit Ende der 50er Jahre; damals hat das »Zechensterben« denn auch angefangen, für das die engagierten Kapitalisten mit Gründung der Ruhrkohle AG staatlich entschädigt worden sind. Seinen marktwirtschaftlichen Zielkonflikt hat der bundesdeutsche Staat einerseits mit dem »Kohlepennig«, einem Zuschlag zum Stromabgabepreis, mit dem die Stromerzeugungsunternehmen ihre rechnerischen Mehrkosten für den Einsatz *deutscher* Steinkohle anstelle anderer Brennstoffe vergütet bekommen – bekanntlich steigt diese Entschädigung bei sinkenden Weltmarktpreisen für Öl und Kohle, ohne das deswegen der Strompreis für den Haushalt zu sinken braucht. Andererseits sieht diese Lösung dauernd den allmählichen Wegfall insbesondere solcher Subventionen vor, die direkt den Staatshaushalt belasten. Diese »Doppelstrategie« treibt die Ruhrkohle AG gleichzeitig zur Stilllegung *und* zu höchst er-

Der deutsche Sozialstaat begnügt sich längst nicht mehr damit, „nur materielle Benachteiligungen auszugleichen. Auch für immaterielle aufgrund von Talent, Geschlecht oder sexueller Präferenz verspricht er Kompensation, und seien sie nur vermutet. [...] In solchen Überdrehungen blitzt besonders deutlich auf, was den Opferstatus so erstrebenswert macht: Wer ihn erst einmal für sich reklamiert hat, der hat eine Freifahrkarte für das soziale Netz gezogen, mit beinahe unbegrenzter Laufzeit. [...] Keine Fähigkeit eröffnet so verlässlich Zugang zu staatlichen Näpfen wie die, sich öffentlich in die Rolle des Opfers hineinzustehlen. Nichts sichert die eigenen Pfunde gewinnbringender als der Schulter-schluß mit den Entrechteten.“

Da darf mensch sich auch nicht wundern, wenn es bald heißt: „Vom Sozialhilfeempfänger zum Millionär – the german dream!“ – Und Menschen, die auf dem besten Weg dazu sind, ja fast schon zum Club der Millionäre zählen, weil sie ihre „Zähne in die Zitzen des Wohlfahrtsstaats schlagen“, wissen die Gesundung



folgreichen Produktivitätssteigerungen; für die Förderung von 151 Mio. Tonnen Steinkohle wurden 1956 noch 610.000 »ArbeitnehmerInnen« bezahlt, 30 Jahre später schafft ein Viertel der Belegschaft die Hälfte der damaligen Förderung. Nach betriebswirtschaftlicher Logik, auf die auch die Ruhrkohle AG festgelegt ist, werden durch diese Erfolge auch um so mehr Zechenschließungen fällig – die alles andere beweisen, als die krisenhafte Rückständigkeit dieses Industriezweiges. Gleichzeitig ist das auch die Antwort darauf, warum der Staat lieber den Kohlebergbau subventioniert, als Putzfrauen und Gaststättenpersonal; für die Förderung der Schwerindustrie hat der Staat eben ganz andere Gründe als die sozialstaatlichen.

Aber damit nicht genug, der Spiegel macht noch mehr skandalöse Machenschaften des Sozialstaats aus:

des Sozialstaats zu einer Instanz der Gerechtigkeit zu verhindern: „Es sind die Lauten und Vorlauten, die Cleveren und Unverschämten, die zu den Hauptnutznießern des Sozialsystems gehören. Denn vor nichts haben Politiker mehr Respekt als vor einflußreichen Wählergruppen. Und weil Einfluß meist mit einem ordentlichen Einkommen einhergeht, trauen sie sich nicht mehr, denjenigen, die nicht arm sind, dies auch zu sagen.“

Der Spiegel kennt sie genau, all diese Gruppen und Interessenverbände, „die sich armrechnen und immer neue Vergünstigungen erjammern: Die Alten, die für kostenlose Seniorenkreuzfahrten und Freizeitbetreuung auf Krankenschein streiten. Die Kurdirektoren, die den dritten Jahresurlaub in Bad Wildung oder Bad Tölz zum Menschenrecht proklamieren. Die Beamten, die für jede Sonderzulage den passenden Härtefall nennen können.“

Vielen politisch Verantwortlichen soll es mittlerweile dämmern, daß sie da Ansprüche gezüchtet haben, die ihren Handlungsspielraum einschnüren. Ihr perfektionierter Sozialstaat lenkt den einzelnen von „seiner Verantwortung für das Gemeinwohl“ ab und greift damit die „Nervenstränge der Demokratie“ an. All das liegt an einer „Rationalitätenfalle“: „Zwar weiß jeder, daß Mehrverbrauch höhere Kosten für alle verursacht, dennoch ist es für den einzelnen rational, das zu tun, was gleichzeitig irrational ist.“

Dieses »Problem« ist so falsch wie alt. Es besteht immer nur für den, der sich die Sorgen und Nöte seines Staates und das vernachlässigte Gemeinwohl zum Anliegen macht, also das nötige nationale Bewußtsein, das er als Maßstab an alle anderen »Volksgenossen« anlegt, für den staatlichen Erfolg, der dann wiederum das erfolgreiche Leben seiner Untertanen garantieren soll, im »Volkskörper« vermißt. Nur von diesem Standpunkt aus kann etwas irrational erscheinen, was eigentlich rational ist.

Dies »Problem« kannte auch schon der Aufklärungsphilosoph Jean-Jacques Rousseau.

In seinem Werk »Der Gesellschaftsvertrag« jammert er auch die ganze Zeit darüber, daß den Leuten der Staat zu wenig am Herzen läge: „In der Tat kann jeder einzelne als Mensch einen besonderen Willen haben, der dem Gemeinwillen, den er als Staatsbürger hat, zuwiderläuft oder mit dem er doch nicht überall in Einklang steht. [...] Dem einzelnen sagt vom ganzen Regierungsplan nur das zu, was sich auf sein Sonderinteresse bezieht. Er sieht nur schwer ein, welche Vorteile er aus den ständigen Entbehrungen ziehen kann, die ihm gute Gesetze auferlegen.“

Rousseau wußte auch eine brillante Lösung für das Problem mit dem »Citoyen« und dem »Bourgeois«: „Für den Staat ist es allerdings von größter Wichtigkeit, daß sich jeder Staatsbürger zu einer Religion bekennt, die ihn seine Pflichten lieb gewinnen läßt. Die Glaubenssätze dieser Religion gehen dagegen den Staat und dessen Glieder nur insofern etwas an, als die Moral und die Pflicht betreffen, die derjenige, der sich zu ihnen bekennt, gegenüber seinem Nächsten zu erfüllen hat.“

Auch Adolf Hitler hat, wie es sich eben für einen guten Nationalisten gehört, dieser Gedanke mit dem Allgemeinwohl sehr gut gefallen: „Pflichterfüllung; das heißt, nicht sich selbst genügen, sondern der Allgemeinheit dienen. Die grundsätzliche Gesinnung, aus der ein solches Handeln erwächst, nennen wir – zum Unterschied vom Egoismus, vom Eigennutz – Idealismus.“

Mit einem solchen Begriff vom Sozialstaat und dem Staat im allgemeinen, kann der Spiegel dann auch nur zu folgendem Ergebnis kommen:

„Nur der Sozialstaat, der sich zurücknimmt und sich Selbstbeschränkungen auferlegt, ist auf Dauer sozial. Über das Wieviel des Rückzugs, was Wo und das Wann muß gere-

det werden, laut und kontrovers, wie es sich für eine Demokratie gehört. Aber: Es muß geredet werden.“

Finden wir auch! – Aber nicht für einen besseren Sozialstaat, sondern über und gegen den Staat, denn wer braucht den schon eine Herrschaft über sich? Und daß demokratische Herrschaft und Herrschaft des Rechts deswegen schon so gut wie keine Herrschaft wären und vor allem mensch selbst als wahlberechtigter Bürger alles andere als ein Untertan, das kann nur glauben, wer sich von vornherein mehr um das Gelingen der Politik, um ihre Hindernisse, Schwierigkeiten und Grenzen kümmert, als um das Gelingen des eigenen Lebens und um die Beschränkungen seiner Bedürfnisse. Verläßt mensch einmal den Standpunkt der Staatstreue, wie sie u.a. von den SpiegelschreiberInnen vertreten wird, die die eigene Abhängigkeit von politischen Entscheidungen in eine Parteinahme für deren Erfolg, den eigenen Mißerfolg in Beschwerden über eine verfehlte Politik übersetzt, dann nehmen sich so »schöne« Verheißungen wie Freiheit & Gleichheit, »Eigentum verpflichtet« und »unveräußerliche Würde«, Recht und Ordnung, »soziales Netz«, und »Schutz der Familie« schon gar nicht mehr so erfreulich aus – sie erweisen sich vielmehr als die Ankündigung und Verlaufsformen der Gewalt, ohne die die Konkurrenz der Klassen und die Verwaltung von Armut und Reichtum, wie sie sich daraus ergeben, eben nicht zu haben ist. Und das nicht erst dort, wo der Fiskus seine Steuerbürger für das Wirken der Staatsgewalt zur Kasse bittet und die Erfordernisse des Wirtschaftswachstums dem Staatshaushalt seine Bedingungen setzen. Das Recht auf die freie Wahl einer Obrigkeit und zur öffentlichen Beschwerde über ihr »Versagen« vollendet deswegen auch nicht das Lebensglück des Bürgers, sondern die Freiheit seiner Staatsgewalt.



Seminar

ab 4.11.

19.00 Uhr

Pl. d. Gö. Sieben 3, OEC Ü7



Tagesseminar  
**7.11.**  
**12.00 Uhr**  
Lange Geismarstr. 72

# Das Prinzip Arbeiterbeglückung

## Zur Kritik des Marxismus-Leninismus

Wenn mensch sich die heutige deutsche Linke genauer betrachtet, kann er dort zum einen einige Gruppierungen finden, die sich explizit auf den Marxismus-Leninismus (ML) beziehen (z.B. die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) oder die Zeitschrift „Gegen die Strömung / Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands“), zum anderen aber viele andere, die damit erstmal überhaupt nichts zu tun haben (wollen). „Ist doch in Ordnung so“, könnte jetzt gesagt werden, „da ist für jeden was dabei und keiner wird gezwungen, bei den Einigen oder den Anderen mitzumachen.“

Wir sehen das etwas anders. Unsere Behauptung ist, daß weite Teile der Linken – ob MLer oder nicht – bestimmten gemeinsamen Fehlurteilen aufsitzen über das, was die hiesige Gesellschaft ausmacht. Bei genauerer Betrachtung von Veröffentlichungen der Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) stellt sich beispielsweise heraus, daß diese auf einer theoretischen Grundlage agiert, die der von ML-Gruppierungen in einigen Punkten zum Verwechseln ähnlich sieht.

Aber was soll daran nun „schlimm“ sein? Unserer unmaßgeblichen Meinung nach ist es *nicht* egal, welche Inhalte eine linke Organisation vertritt, solange sie nur den richtigen Leuten aufs Maul haut. Darüber, wie mensch Kapitalismus, Staat und das ganze andere Zeug kritisiert, darf und sollte gestritten werden, auch wenn schlaue ZeitgenossInnen solche Kontroversen mit dem Vorwurf des „unsolidarischen“ „Spaltertums“ am liebsten ganz unterbinden würden. Daher nun ein Schnelldurchlauf durch beliebte, aber unrichtige Auffassungen (nicht nur) der ML-AnhängerInnen.

Kapitalistische Ausbeutung und bürgerliche Herrschaft werden richtigerweise als solche benannt, der Dreh- und Angelpunkt der Kritik ist aber merkwürdig: Statt zu erkennen und zu erklären, warum die täglich erfahrbaren Rücksichtslosigkeiten gegenüber dem Wohlergehen

der ihnen Unterworfenen *mit Notwendigkeit* aus dem Kapitalismus und seiner politischen Herrschaftsform hervorgehen, haben sie einen anderen Maßstab gefunden: die *Gerechtigkeit*. Wenn da jemand ein Leben lang arbeitet, sagen sie, hat diese Person auch ein *Recht* auf materiellen Wohlstand und faire Behandlung durch den Staat. Das steht ihr einfach zu – alles andere wäre *ungerecht*.

An dieser Stelle denken solche Linke auf zwei unterschiedliche Weisen weiter: Einmal gibt es diejenigen, die es für einen täglich neu anzuprangernden *Skandal* halten, daß freie Marktwirtschaft und politische Herrschaft diesen abstrakten Rechtstitel offenbar einfach ignorieren – sie meinen, dies sei ein Anzeichen dafür, daß hier wohl nicht ausreichend *demokratisch und verfassungstreu* regiert werde. Wer „*gerechten Lohn*“ für sich und „*bessere Behandlung*“ für die Flüchtlinge wolle, komme wohl nicht umhin, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) oder die MLPD zu wählen. Diese würden dann dafür sorgen, daß die „*Vorrechte*“ der Reichen abgeschafft würden. Wir meinen dagegen: Das Recht, das den einen die Vermehrung ihres Kapitals (Profit), den anderen die tägliche Plagerei für den gleichen Zweck (Lohnarbeit) garantiert, und die staatliche „Behandlung“ von Menschen, die aus dem systematisch hergestellten Elend ihrer Heimatländer flüchten – *das* sind gute Gründe, der bürgerlichen Gesellschaft die Feindschaft zu erklären. Wer in der Konkurrenz um die politische Führung der Nation mitmacht und sich zur Wahl aufstellt, hat etwas anderes vor...

Zum anderen gibt es diejenigen, die die „Ungerechtigkeiten“ und „Vorrechte“ dadurch abschaffen wollen, daß sie eine Revolution machen und einen sozialistischen (Arbeiter-)Staat hochziehen, der dann ganz herrschaftsarm das macht, was sowieso allen zugute kommt – wozu der Staat dann überhaupt noch gebraucht wird, ist eine Frage, die sich wohl leider nur KritikerInnen dieser Herrschaftsform, ob sie nun bürgerlich oder sozialistisch daherkommt, stellen. Die FreundInnen des Arbeiterstaates behaupten, nur mit diesem ließen sich Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und „wahre Demokratie“ verwirklichen – übrigens alles *Ideale*, denen wir nicht über den Weg trauen und von denen wir nicht glauben, daß

sie Gegenteile der kapitalistischen Prinzipien darstellen, aber dazu mal an anderer Stelle mehr.

Damit nicht genug – die Weltsicht, um die es hier geht, treibt es KommunistInnen noch durch zahlreiche weitere Ideen aus, an ihr etwas „sympathisch“ zu finden: Sie hat Marx leider nicht bis zu der Stelle rezipiert, wo er aus seiner Analyse der kapitalistischen Produktionsweise folgert: *Produktiver Arbeiter zu sein, ist kein Glück, sondern ein Pech*. Und ihre Vertreter meinen, in ihrem *Lob der Arbeit und der Arbeitenden (oder gleich des „Volkes“)* verdammt marxistisch(-leninistisch) zu sein, wenn sie die „negativen Seiten“ des Lohnsystems einzig auf der Seite der „raffgierigen“ „Bonzen“ verorten. Wenn die nicht wären, wüßte mensch kaum noch Gründe, warum er dagegen sein soll. Genauso verhält es sich mit den wahlweise „gewissenlosen“, „versagenden“ oder (besonders beliebt) „von der Wirtschaft zu Handlangern degradierten“ Politikern, die für die ganze Misere verantwortlich sein sollen. Diese in der gesamten Linken äußerst beliebte personifizierende Herrschaftskritik ist so falsch wie verharmlosend: Das politische Personal, das tagtäglich sehr souverän darüber entscheidet, wie den Notwendigkeiten des Geschäfts hierzulande Genüge getan werden kann und vor allem wie der nationale Erfolg sogar noch besser gewährleistet werden könnte, kommt hier als Ansammlung von Charakterschweinen oder ohnmächtigen Opfern vor!

Einige weitere Ansatzpunkte unserer Kritik – die aufgeregte Abfeierei noch jeder „Bewegung von Unten“, egal was sie so macht; die dummdreiste „Wir, die kleinen Leute, gegen sie, die herrschende Kaste“-Rhetorik; die sehr aufschlußreiche Behauptung, zwischen Reform und Revolution herrsche irgendwie eine „Dialektik“ und mensch könne doch nicht immer nur „Grundsatzkritik“ anbringen, sondern müsse „auch schon hier“ tatkräftig Gutes tun – und auch eine ausführlichere Darstellung unserer Gegenargumentationen passen hier nicht mehr hin. Dafür ist der Wochenendtermin gedacht – auch wer das hier Behauptete erstmal nicht komplett „unterschreiben“ kann, ist dazu eingeladen.

Prof. Dr. Margret Wirth, Uni Bremen

# Demokratie

## Die Herrschaftsform des Kapitalismus unter reger Volksbeteiligung

**W**ir leben in einer Demokratie. Das ist eine *Tatsache*: So heißt die „Form politischer Herrschaft“, in der nach Auskunft der einschlägigen Quelle „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“ und von diesem „in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird“. Im demokratischen Staat ist „das Volk“ – also die Bürger, *über die* geherrscht wird, – zugleich zum maßgeblichen *Teilhaber* an der Herrschaft ernannt: Und zwar so, daß es die Rolle des *Auftraggebers* eben der Gewalt übernehmen darf, der es sich zu *unterwerfen* hat. Das ist ein kleiner Widerspruch – aber der *geht* offenbar. Der demokratische Staat erzwingt von seinen Bürgern manches, was diese aus freien Stücken nie tun würden; er hindert sie an vielem, das sie vorgehabt hätten; er bestraft sie nicht zu knapp, wenn sie gegen erlassene Verbote verstoßen. Das alles tut er im Namen und im Auftrag, also mit dem prinzipiellen Einverständnis derer, gegen die seine Zwangsmaßnahmen sich richten. Da tun sich Fragen auf: *Wie* geht das – und was soll das? Warum zwingt die Staatsgewalt wen wozu? Welchen materiellen Gehalt haben die Ge- und Verbote, die keiner gerne befolgt, aber alle für notwendig halten? Warum stößt staatlicher Zwang bei Bürgern nicht nur auf Zustimmung, sondern wird geradezu verlangt? Wer hat etwas davon, daß gerade so, demokratisch, regiert und pariert wird? Der Widersinn einer praktizierten „Volksherrschaft“ verlangt nach Erklärung.

Demokraten aller Couleur sehen die Sache anders. Sie wollen die Feststellung

„Wir leben in einer Demokratie“ als *Kompliment* an diese Herrschaftsform verstanden wissen. Für gestandene Parteigänger der Demokratie leitet diese Feststellung nicht die *Prüfung* ein, worum es sich denn bei dieser „Volksherrschaft“ handelt. Sie wird im Gegenteil mit der Absicht vorgetragen, Kritik an ihr zu *verbieten*. Wer nach dem politischen Gehalt der Demokratie, nach ihrem Zweck und Nutzen fragt, verstößt gegen die elementare, demokratische Denkvorschrift, die da heißt: *Vor* jeder kritischen Besichtigung der Lebensumstände, mit denen diese „beste aller schlechten Staatsformen“ ihre Insassen beglückt, hat ein uneingeschränktes *Bekanntnis* dazu zu stehen, daß es *dabei* doch immerhin demokratisch zu-

geht. Wer etwa Armut, Arbeitslosigkeit, Gewalt auf das Konto des *Herrschaftssystems* bucht, unter dem sie anfallen, darf sich der allerherzlichsten Gegnerschaft aller Demokraten sicher sein. Der geringste Vorwurf, den er zu hören bekommt, ist der, „nicht reif für die Demokratie“ zu sein. Der mündige Bürger hingegen hat schon in der Schule begriffen: Der Zusammenschluß zwischen den *Taten* der Herrschaft und ihren unschönen *Folgen* für die Betroffenen gehört sich nur bei Herrschaftsformen, die dem Verdikt „totalitär“ unterliegen.

Ganz anders geht der Zusammenschluß dort, wo die Herrschenden dem Volk verkünden:

„Wir leben in einer Demokratie!“ In dieser Lesart steht „Demokratie“ nur für eines: Für das *Recht* der Herrschaft, dem Volk Härten aufzudrücken. Mit Verweis auf die *Ermächtigung*, die ihr per Wahl erteilt ist, bringt die politische Führung die Staatsgewalt zum Einsatz, um dem Volk genau die Einschränkungen aufzuzwingen, die sie zur Bewältigung der Staatsnotwendigkeiten für erforderlich hält. Der *Inhalt* dieser „Staatsnotwendigkeiten“ besteht in nichts anderem als in dem, was „die Marktwirtschaft“ gerade verlangt – und das wird auch keineswegs verschwiegen. Im Gegenteil: Weil „Marktwirtschaft und Demokratie zusammengehören“, benötigt der demokratische Staat *Handlungsfreiheit* zur Bewältigung von deren „Sachzwängen“ – und zur Abwehr von Gefahren für das Große Ganze, die seitens uneinsichtiger Volksteile erwachsen könnten. Wenn es der politischen Führung auch in Krisenzeiten gelingt, den „sozialen Frieden“ zu sichern, leuchtet dieser Erfolg allen Beteiligten so ein, daß niemand auf die Idee kommt, den Schulteranschlag von Staat und Volk „totalitär“ zu schimpfen – er wurde ja demokratisch herbeigeführt. Wenn nicht, gibt es gegen „Weimarer Verhältnisse“ immer noch die Notstandsgesetze.

Wenn der demokratische Staat diesen seinen Auftrag erfüllen will, darf er im Umgang mit Bürgern, die – wirklich oder vermeintlich – seiner Handlungsfreiheit in die Quere kommen, nicht zimperlich sein. Kritiker allzu rücksichtsloser staatlicher Gewaltausübung melden dagegen Bedenken an:



Vortrag

12.11.

19.00 Uhr

Pl. d. Gö. Sieben 3, OEC Ü7  
Prof. Dr. Margret Wirth

„Leben wir denn nicht in einer Demokratie?“ In der *Berufung* auf das doch gültige, allgemein anerkannte *Procedere* einer Volksherrschaft meinen solche Leute über ein taugliches Argument *gegen* die Praxis demokratischer *Herrschaft* zu verfügen – und verpassen so glatt das Wesentliche an der Demokratie. Diese Kritiker wollen nicht nur nicht wahrhaben, daß die demokratische Staatsform nicht zum Wohle derer eronnen wurde, die in ihr leben. Darüber hinaus übersehen sie, daß es in der Logik *demokratischer* Herrschaft liegt, wenn deren Verfahren beim Führungspersonal keine übermäßige Wertschätzung genießen. Politiker schätzen die Demokratie als Methode, den *Erfolg der Nation* sicherzustellen – dafür ist sie ja eingerichtet. Deshalb ertönt, sobald dieser Erfolg zweifelhaft wird – oder für zweifelhaft gehalten wird – mitten in der Demokratie der Ruf nach schlagkräftigen Formen des Herrschens. Wenn dieser Ruf Gehör findet, registrieren aufrechte Demokraten einen „Rechtsruck“ und sind erschrocken. Sie entdecken in den Renovierungen, die die politische Führung in nationalen Krisenlagen an ihrem Herrschaftsinstrumentarium vornimmt, *Verstöße* gegen die Demokratie und wännen das deutsche Gemeinwesen auf dem Weg in den Faschismus. Dagegen fällt ihnen nichts Besseres ein als die Berufung auf die edlen Prinzipien eben der politischen Herrschaft, die diesen „Rechtsruck“ tatkräftig organisiert. So schließen sich die Kritiker der *real existierenden* Demokratie dem allgemeinen Lob der *Demokratie* an – statt zur Kenntnis zu nehmen, wozu die *demokratische Gewalt* fähig ist, wenn sie „Herausforderungen“ für die Nation entdeckt und ihr Volk hinter sich hat.

# Moral

## Das gute Gewissen der Klassengesellschaft

Die Menschen sind im Kapitalismus alternativlos auf die ökonomischen Einrichtungen verwiesen, die es gibt: Sie müssen sich des Geldes bedienen, um an die Dinge des Bedarfs heranzukommen und das Geldverdienen und seine Voraussetzungen daher zu ihrem Interesse machen. Die Menschen beziehen sich berechnend auf die jeweils vorgefundenen ökonomischen Erwerbsquellen, um sie zu nutzen. Der *kalkulatorische Umgang* mit den ökonomischen Einrichtungen wird für die *Bestimmung* dieser Sachen genommen. Insofern hat jeder in der bürgerlichen Gesellschaft und ihren ökonomischen Einrichtungen eine Welt voller – allenfalls ungleich verteilter – Chancen vor sich.

Diese haben allerdings den Haken, daß sie einen beliebigen Gebrauch gar nicht zulassen; allzu vielen ist die Erfahrung vertraut, daß sie ihre kleinen und großen Lebensziele nicht erreichen. Und eine objektive Würdigung der „Chancen“ könnte sie leicht lehren, daß die ihnen gebotenen Gelegenheiten nur der Weg sind, sie den Zwecken der Klassengesellschaft und ihrer öffentlichen Gewalt dienstbar zu machen. Diese Betrachtung der Dinge als Mittel des persönlichen Fortkommens und das regelmäßigen Versagen dieser Mittel ist ein Widerspruch, mit dem es sich schlecht leben läßt und der von daher bewältigt sein will.

Das wäre nun die passende Gelegenheit, den Schluß zu ziehen, daß die vorgestellten Mittel nicht die ihren sind. Damit wäre ein Interessensgegensatz und auch die Frage auf dem Tisch, ob man nicht mit einer Gesellschaft, deren Zweck nicht in der Beförderung des Kapitalwachstums liegt, besser bedient wäre. Das geschieht aber bekanntlich nicht. Die Subjekte, die mit ihren Zwecken an den vorhandenen Chancen scheitern, werden zwar kritisch, aber nicht gegen die ihnen gesetzten Bedingungen, sondern gegen den Materialismus ihrer Mitmenschen und auch gegen ihren eigenen. Daß seine Interessen und Nöte bloß die seinen sind, will sich ein Mensch mit Moral jedenfalls nicht nachsagen lassen. Nicht die widrigen Bedingungen ihres Daseins stellen Moralisten so in Frage, sondern sich und alle anderen bei ihrem Umgang mit ihnen.

Das Bedürfnis, das die Konstruktion dieses ideellen Kriteriums allen Treibens anleitet, ist nicht schwer auszumachen. Immerhin melden

sich hier rechtschaffende Menschen zu Wort, die sich am Erlaubten und Verbotenen orientieren, sich an ihrem Erfolg im Leben stets im Rahmen der gültigen, gesellschaftlich gebotenen Mittel zu schaffen machen – und die bemerken, daß sie darüber in manchen Gegensatz zu ihren Zeitgenossen geraten. Das Ideal, das sie sich von den widrigen Abhängigkeiten zu rechtlegen, ist das des allgemeinen Wohls, zu dem die gegensätzlichen, aber doch voneinander abhängigen Interessen etwas beizusteuern hätten. Die eigene Bereitschaft zur Unterwerfung unter die Regeln von Staat und Markt erscheint als Verdienst, den man bei jedermann als Pflicht einklagen möchte. So verstehen sich moderne Menschen wider alle Erfahrung darauf, von einem positiven Verhältnis zwischen allen möglichen Anliegen auszugehen und dieses sich und anderen vorzurechnen, weil sie sich auf die realen Gegensätze, die sie zu spüren kriegen, *einlassen* wollen.

Das moralische Individuum sieht sich so ausreichend munitioniert, um sich selbst und andere fertig zu machen: nicht der Grund und Inhalt der eigenen und fremden Vorhaben ist dann Gegenstand der Verhandlung, sondern ein ideeller Maßstab, an dem sich alles Treiben messen lassen muß und je nach Interessenslage blamieren oder bewähren soll, was durch ein entsprechendes (Un-)Werturteil bekannt gegeben wird. So verfallen Menschen und Interessen, denen man keine edlen Motive zubilligt, der *Verachtung*, einer ideellen Lynchjustiz, die im Rechtsstaat bloß nicht praktisch werden darf, es sei denn in Form der gerechten *Empörung*.

Bei allem Antimaterialismus, den sie in ihrer Absage ans eigene und fremde Interesse praktizieren, bringen es moralische Leute so allerdings zu einem neuen Anspruch an die Gesellschaft, ihre Instanzen und ihre Mitglie-



der: Sie fordern Anerkennung – wenn schon nicht ihrer Interessen, dann doch um so mehr ihrer Moralität, mit der sie ihre Interessen verleugnen. Weil allerdings alle nach dieser kompensatorischen Genugtuung streben, sich in Sachen Tugend auszuzeichnen, reproduzieren verantwortungsbewußte Bürger einen zwischenmenschlichen Leistungsvergleich, wie ihn nicht einmal das Kapital betreibt. Hier findet der Kampf ums *Selbstbewußtsein* statt, von dem ja bekanntlich so manches abhängt: vom Torerfolg bis zum Orgasmus und von den Prüfungsnoten bis zur Berufskarriere. Wo dem Stolz auf sich selbst jedes positive Echo versagt bleibt und im Vergleichskampf Niederlagen zugefügt werden, da mag der Betroffene noch so sehr die Inkompetenz und Unwürdigkeit seiner Zeitgenossen verachten, die sein bestes Stück nicht zu würdigen verstehen – es bleibt der Zweifel an der eigenen Persönlichkeit, der als prinzipielles Unwerturteil auch schon mal mit dem Griff zum Strick exekutiert wird.

Im Rahmen des hier angekündigten Tagesseminars soll einerseits das Funktionieren von moralischem Individuum und Öffentlichkeit erklärt und andererseits der Frage nachgegangen werden, ob Linke sich am moralischen Wettstreit mit einem dazu geeigneten alternativem Wertehimmel beteiligen oder vielleicht doch lieber versuchen sollten, den Nachweis zu führen, daß die ganze Gesellschaft Zwecken gehorcht, die nicht die ihren sind – und von daher vielleicht besser beseitigt gehört.

# Veranstaltungen von Junge Linke

Borriesstraße 28, 30519 Hannover,  
Tel. 0511/8386-226, Fax -011  
e-mail: [junge-linke@oln.comlink.apc.org](mailto:junge-linke@oln.comlink.apc.org)  
www: <http://www.comlink.apc.org/junge-linke>



**6.-8.11.**  
Deutschland -  
Eine Karriere



**4.-6.12.**  
Krieg und  
Frieden



**13.-15.11.**  
Lohnarbeit,  
Arbeitszwang und  
Sklavenmoral



**27.12.98-  
1.1.99.**  
Sylvester-  
Seminar

Eine Woche lang  
zusammen diskutieren  
und Spaß haben.



**27.-29.11.**  
Kritische  
Theorie



**15.-17.1.99.**  
Autorität und  
Männlichkeit



**Nationalismus**  
Tagesseminar  
**10.10.**  
**12.00 Uhr**  
Lange Geismarstr. 72



**Faschismus**  
Vortrag  
**27.10.**  
**19.00 Uhr**  
APEX, Burgstr. 46  
Prof. Dr. Freerk Huiskens



**Bürgerlicher Staat**  
Auftraktvortrag zum regelmäßigen  
Seminar  
**28.10.**  
**19.00 Uhr**  
Pl. d. Gö. Sieben 3, OEC Ü7  
Jonas Köper  
(GegenStandpunkt)



**Marxismus-  
Leninismus**  
Tagesseminar  
**7.11.**  
**12.00 Uhr**  
Lange Geismarstr. 72



**Moral**  
Tagesseminar  
**28.11.**  
**12.00 Uhr**  
Lange Geismarstr. 72



**Demokratie**  
Vortrag  
**12.11.**  
**19.00 Uhr**  
Pl. d. Gö. Sieben 3, OEC Ü7  
Prof. Dr. Margret Wirth



c/o Buchladen Rote Straße  
Nicolai Kirchhof 7, 37073 Gö  
[gruppe3@bigfoot.com](mailto:gruppe3@bigfoot.com)